

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2022-0.260.762

. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing.ⁱⁿ Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen haben am 05. April 2022 unter der **Nr. 10524/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Strategische Ausrichtung der OMV gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Welchen grundsätzlichen Nutzen und strategisches Ziel hat die Beteiligung der Republik Österreich an der OMV?*
 - a. *Ist die Republik Österreich an der OMV beteiligt, da es sich bei der OMV um ein Infrastrukturunternehmen handelt und die Beteiligung die Versorgung mit Gas sicherstellen soll?*
 - b. *Ist das Ziel der Beteiligung an der OMV, Gewinne für die Republik Österreich zu maximieren?*
 - c. *Ist die OMV diesen Zielsetzungen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise gerecht geworden?*
 - d. *Wie beurteilt das BMF die strategische Beteiligung der Republik angesichts der Neuausrichtung der OMV als Chemiekonzern?*

Die Anteile an der OMV AG werden von der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) verwaltet und die Anteile an der ÖBAG durch das Bundesministerium für Finanzen. Aus diesem Grund wäre diese Frage zuständigkeitshalber an den Bundesminister für Finanzen zu richten.

Zu Frage 2:

- *Welche Rolle hat das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie seit Januar 2020 innerhalb der Regierung bei der strategischen Ausrichtung der OMV gespielt?*

Die Rolle und den Wirkungsbereich des BMK in energiepolitischen Fragen legt das Bundesministeriengesetz fest. Austausch zu strategischen Fragen des Unternehmens bzw. der für die OMV relevanten Sektoren fanden, wie mit anderen Unternehmen, im Form von unterschiedlichen Terminen mit der OMV statt. Als Bundesministerin ist es mir ein Anliegen, in engem Austausch mit den Vorständen der OMV zu stehen, diesen Austausch habe ich seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine intensiviert.

Zu Frage 3:

- *Wurde die hohe Abhängigkeit von russischem Gas bzw. die entsprechende langjährige strategische Ausrichtung der OMV vonseiten des BMK bzw. der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie seit Jänner 2020 als problematisch bewertet und innerhalb der Regierung thematisiert?*
 - a. *Wenn ja, wann und wie?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Die hohe Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas ist allgemein bekannt. Die Verlängerung der langfristigen Lieferverträge der OMV mit der Gazprom wurde im Beisein von Vladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, und Sebastian Kurz, Bundeskanzler der Republik Österreich, unterzeichnet. Die Problematisierung von Gasimporten bzw. fossilen Importen generell ist seit meinem Regierungsantritt ein beständiger kommunikativer und inhaltlicher Teil meiner Arbeit in diesem Bereich. Um die Abhängigkeit zu verringern, hat sich die Bundesregierung bereits im Regierungsprogramm zum Ziel der Klimaneutralität und damit zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2040 bekannt. In diesem Zusammenhang stehen auch eine Reihe von Maßnahmen, etwa die Ausweitung der Kesseltausch-Förderung von „Raus aus Öl“ auf „Raus aus Öl und Gas“, die Wasserstoffstrategie für Österreich, der gesamte Prozess zur Erstellung einer Wärmestrategie mit den Bundesländern und Vieles mehr.

Zu Frage 4:

- *Hat das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie sich seit Januar 2020 für eine Anpassung der Unternehmensstrategie der OMV stark gemacht?*
 - a. *Wenn ja, wann und wie?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Lehre aus der Situation der Energie-Abhängigkeit und der Erpressbarkeit muss der Weg Richtung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz sein. Die Handlungsnotwendigkeiten, die aus der Klimakrise entstehen, habe ich in direkten Gesprächen mit den Vorständen der OMV seit meinem Amtsantritt wiederholt angesprochen. Nachdem dieses Handlungserfordernis durch den russischen Krieg noch einmal an Dringlichkeit gewonnen hat, habe ich den Austausch seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine intensiviert. Denn der Krieg in der Ukraine bedeutet in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende, auch für die österreichische und europäische Energiepolitik.

Zu Frage 5:

- *War dem BMK bekannt, dass Beteiligungen an Importgasleitungen/inländischen Gasleitungen durch die OMV verkauft wurden (Allianz, Verbund ...) während gleichzeitig in ausländische Leitungen, die kein Gas nach Österreich transportieren sollten (Nord Stream II) investiert wurde?*
 - a. *Falls ja, seit wann und was war die Einschätzung der Expert_innen im BMK?*
 - b. *Falls nein, warum nicht?*

Der Verkauf der OMV-Anteile an der Gas Connect Austria an die Verbund AG (Einigung darüber im 09/2020) war meinem Ministerium bekannt. Es handelte sich beim Verkauf um eine unternehmenspolitische Entscheidung der Organe der OMV. Aufgabe des BMK ist es, regulatorische Rahmenbedingungen zu setzen, die für alle Marktteilnehmer, gleichgültig, ob sie im staatlichen oder privaten Eigentum stehen, grundsätzlich gleich sind. So obliegt dem BMK zB. die Legistik zum Gaswirtschaftsgesetz. Die vom BMK zu beachtenden bzw. zu vollziehenden regulatorischen Rahmenbedingungen wurden beim angeführten Rechtsgeschäft nicht berührt.

Zu Frage 6:

- *Stellt die langjährig gewachsene hohe Abhängigkeit von russischem Gas und den damit verbundenen Problemen für Wirtschaftsstandort und Versorgungssicherheit aus Sicht des BMK ein Versagen des BMF dar, die Interessen der Republik innerhalb der OMV zu vertreten?*
 - a. *Wenn nein, inwiefern hat das BMK versucht – in dieser Legislaturperiode und davor – die strategische Ausrichtung der OMV anzupassen?*

Die Erdgaslieferungen aus der Russischen Föderation nach Österreich begannen im Jahre 1968 und wurden im Laufe der Jahre ständig erweitert. Aus Sicht des BMK ist die hohe Abhängigkeit von russischem Gas nicht im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft.

Das OMV Management beabsichtigt, durch den sukzessiven Umstieg auf die Geschäftsfelder Chemie und erneuerbare Energie einen strategischen Wechsel herbeizuführen. Ich stehe in regelmäßigem Austausch mit dem Vorstand der OMV und natürlich auch mit dem Finanzminister. Die strategische Ausrichtung der OMV ist dabei ein wesentlicher Teil dieser Gespräche.

Zu den Fragen 7 bis 9, 11 und 19:

- *Welche mittel- und langfristigen strategischen Anpassungen wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bei der OMV aufgrund der aktuellen Ereignisse einfordern?*
- *Wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie in punkto Versorgungssicherheit Maßnahmen ergreifen, um sich für die Diversifizierung der Gasversorgung bei der OMV einzusetzen?*
 - a. *Wenn ja, welche Schritte werden hier gesetzt?*
- *Wird das das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Maßnahmen ergreifen, um sich für die Reduktion der Abhängigkeit von Russland bei der OMV einzusetzen?*
 - a. *Wenn ja, welche Schritte werden hier gesetzt?*
- *Wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Maßnahmen ergreifen, um das OMV Portfolio bzgl. Erdgasförderungen aus Norwegen nach Österreich zu fördern?*
 - a. *Wenn ja, welche Schritte werden hier gesetzt?*
- *Wie beurteilen das BMK die Einberufung eines Sonderaufsichtsrats der OMV, um die Versäumnisse aufzuarbeiten und schnellstmöglich Pläne für die Sicherung der Gasversorgung der Österreicher_innen für den nächsten Winter zu gewährleisten?*
 - a. *Hat das BMK bereits Schritte dahingehend gesetzt?*
 - b. *Wenn ja, welche und wann soll der Sonderaufsichtsrat stattfinden?*
 - c. *Falls nein, welche anderen Schritte hat das BMK gesetzt, um die Versäumnisse in der OMV aufzuklären?*

Mein Ministerium hat dem BMF (zuständig für die ÖBAG) vorgeschlagen, die Strategie des Vorstandes der OMV durch den Aufsichtsrat der ÖBAG dahingehend zu hinterfragen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Lieferfähigkeit der OMV gegenüber ihren Kund:innen, auch bei einem Ausbleiben von Erdgaslieferungen aus der Russischen Föderation, sicherzustellen und welche Möglichkeiten bestehen, auf alternative – von der Russischen Föderation unabhängige – Bezugsquellen für Erdgas zurückgreifen zu können.

Darüber hinaus gibt es einen wöchentlichen Austausch zur Versorgungssicherheit mit der ÖBAG, der OMV und anderen Ressorts. Die Möglichkeit, aus bestehenden Gasfeldern der OMV in Norwegen mehr norwegisches Gas nach Österreich zu transportieren, wurde mit der OMV besprochen.

Bezüglich der Einberufung eines Sonderaufsichtsrats kann ich für meinen Zuständigkeitsbereich festhalten, dass ich alle Maßnahmen unterstütze, die die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen reduzieren und die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen.

Zu Frage 10:

- *Wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Maßnahmen ergreifen, um sich für die verstärkte Gasförderung im Inland bzw. der Beteiligung an entsprechenden Projekten bei der OMV einzusetzen?*
 - a. *Wenn ja, welche Schritte werden hier gesetzt?*
 - b. *Werden Leitungskapazitäten für den Import von Gas gebucht? Falls nein, warum nicht?*
 - c. *Falls ja, wieviel ab Mai/ ab Juni & bis September?*

Mein Ressort ist auf dem Gasmarkt nicht operativ – also als Importeur, Versorger oder Händler – tätig und bucht daher keine Leitungskapazitäten. Generell wurden und werden von den Marktakteuren Leitungskapazitäten für den Import von Gas gebucht; am Grenz-Netzkopplungspunkt Baumgarten (SK-AT) sehr langfristig (bis Anfang 2029), an den Grenz-Netzkopplungspunkten Oberkappel und Überackern (DE-AT) kurzfristig. Diese Daten sind öffentlich verfügbar (Quelle: <https://transparency.entsog.eu/>).

Die technischen Kapazitäten sind wie folgt:

- Grenz-Netzkopplungspunkt **Baumgarten** (SK->AT):
 - Technische Kapazität: 1.570.400.000 kWh/Tag,
 - Gebuchte Kapazität (bis 01. Jänner 2029): 1.440.400.000 kWh/Tag (91,7%);
- Grenz-Netzkopplungspunkt **Oberkappel** (DE->AT):
 - Technische Kapazität: 245.656.944 kWh/Tag,
 - Gebuchte Kapazität: keine langfristigen Buchungen;
- Grenz-Netzkopplungspunkt **Überackern** (DE->AT):
 - Technische Kapazität: 114.003.720 kWh/Tag,
 - Gebuchte Kapazität: keine langfristigen Buchungen.

Hinsichtlich der Gasförderung im Inland wird auf den Zuständigkeitsbereich des BMF bzw. des BMLRT verwiesen.

Zu Frage 12:

- *Wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Maßnahmen ergreifen, um die Errichtung einer Pipeline aus dem Schwarzen Meer voranzutreiben?*
 - a. *Falls ja, bis wann werden konkrete Pläne vorliegen?*
 - b. *Falls nein, warum nicht?*

Im Bereich der Gasversorgung verfolgt mein Ministerium den Grundsatz der Diversifizierung der Quellen und Routen sowie der Reduktion des Verbrauchs und Substituierung mit anderen Energieträgern. Verfügbare Leitungen sollen genutzt werden und die Notwendigkeit von Änderungen der Infrastruktur wird in europäischer Koordinierung (RePowerEU) geprüft. Investitionen in die Gasinfrastruktur sollen jedenfalls in Einklang mit der notwendigen Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft stehen.

Zu Frage 13:

- *Wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Maßnahmen ergreifen, um das OMV Portfolio im Bereich LNG Importe auszubauen?*

Um die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern, ist es notwendig, alle Alternativen zu prüfen. Anlässlich eines Besuches des Herrn Bundeskanzlers, der Frau Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und mir in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Qatar wurden die Möglichkeiten für LNG-Importe besprochen und ausgelotet. Österreich hat keinen Flüssiggasterminal und ist daher auf die Kapazitäten der Terminals, die es in Europa gibt, angewiesen. Die OMV verfügt über gebuchte Kapazitäten bei LNG-Terminals in Europa. Diese und andere Möglichkeiten werden laufend in Kooperation mit der OMV geprüft. Zu den Fragen betreffend die Unternehmensstrategie ist darauf zu verweisen, dass die Anteile an der OMV AG von der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) verwaltet werden und dieses Beteiligungsmanagement wiederum im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen liegt.

Zu den Fragen 14 und 18:

- *Wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie in der Rolle als Eigentümerversorger Maßnahmen ergreifen, um die bestehenden Gasspeicherkapazitäten für Österreich zu nutzen und somit die Versorgungssicherheit der österreichischen Bürgerinnen und des Wirtschaftsstandortes zu sichern?*
- *Welche Maßnahmen wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie konkret setzen, um sicherzustellen, dass nächsten Winter nicht zwei Millionen Menschen in Österreich frieren müssen und die Industrieproduktion nicht zusammenbricht?*

Zur Stärkung der Resilienz Österreichs im Fall einer Unterbrechung der Lieferungen von russischem Erdgas hat die Bundesregierung bereits eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Durch die Befüllung der Erdgasspeicher wird dafür Sorge getragen, dass auch im Falle eines plötzlichen Lieferstopps niemand in Österreich frieren muss und die überlebenswichtigen Bereiche der Wirtschaft weiterhin arbeiten können. Ziel der österreichischen Bundesregierung ist es, dass die österreichischen Erdgasspeicher vor Beginn der kommenden Heizsaison bestmöglich, zumindest aber zu 80% gefüllt sind.

Um die Füllung der österreichischen Gasspeicher zu garantieren, wurden insbesondere folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht bzw. bereits beschlossen:

- **Schaffung einer strategischen Gasreserve:** Zur Vermeidung künftiger Engpässe wurde im April 2022 mit einer Novelle des Gaswirtschaftsgesetzes (BGBl. I Nr. 38/2022) die Rechtsgrundlage für die Vorhaltung einer strategischen Gasreserve geschaffen. In einem ersten Schritt wurde am 23. Mai 2022 die Beschaffung für 7,7 TWh abgeschlossen. Insgesamt soll die strategische Gasreserve auf insgesamt 20 TWh aufgestockt werden, wobei mindestens 7,4 TWh unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit am Markt aus nicht-russischen Quellen stammen sollen.
- **Use-it-or-lose-it:** Speichernutzer werden verpflichtet, ungenutzte Speicherkapazitäten anzubieten oder zurückzugeben. Mit dieser Änderung des Gaswirtschaftsgesetzes soll verhindert werden, dass Speichernutzer aufgrund marktfremder Beweggründe ihre Speicher unbefüllt lassen. Details zu den Verpflichtungen von Speichernutzern und Speicherunternehmen sind mit Verordnung durch die E-Control zu regeln.
- **Anbindung des Speichers Haidach an das Marktgebiet Ost:** Durch eine Änderung des Gaswirtschaftsgesetzes soll die Verpflichtung eingeführt werden, dass sämtliche Speichieranlagen auf dem Hoheitsgebiet Österreichs an das österreichische Leitungsnetz angeschlossen werden.
- **Immunisierung von eingespeicherten Gasmengen:** Endverbraucher, die selbst Vorkehrungen für eine Störung der Gasversorgung getroffen haben, werden im Energielenkungsfall differenziert behandelt: Gasmengen, die von Endverbrauchern (oder von beauftragten Dritten) eingespeichert wurden, sollen vor Lenkungsmaßnahmen, die das Eigentum bzw. die Verfügungsgewalt über solche Mengen beschränken, geschützt werden. Die Maßnahme richtet sich primär an Großabnehmer, steht aber allen Endverbrauchern offen. Um Fehlanreize in Richtung eines Hortens von Gasmengen über den eigenen Bedarf hinausgehend zu vermeiden, soll sich der Schutz mengenmäßig auf einen Anteil von 50 % des Jahresverbrauchs beschränken.
- **Optionen für Ausgleichsenergie (Market Maker):** Um sicherzustellen, dass die Bilanz zwischen Gasaufbringung und Gasabgabe im Erdgasnetz immer ausgeglichen ist, kann der Markt- und Verteilergebietsmanager (MVGM) physikalisch in das Erdgasnetz einspeisen oder aus dem Erdgasnetz abgeben. Dieses Modell soll ausgebaut werden, um die Vorhaltung von zusätzlicher Ausgleichsenergiemengen zu beanreizen.

Diese Maßnahmen bewirken bereits die intensive Befüllung der österreichischen Speicher. Darüber hinaus wurden auf europäischer Ebene mittels Änderung der VO (EU) 2017/1938 die Mitgliedstaaten zur Erreichung eines bestimmten Gasspeicherstandes bis zum 1.11.2022 verpflichtet. Darüber hinaus beteiligt sich Österreich an der EU-Plattform zur gemeinsamen Beschaffung von Erdgas.

Zu Frage 15:

- *Welche kurzfristigen Schritte wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie setzen, um den Gaspreis zu reduzieren?*

Erdgas ist vom Geltungsbereich des Preisgesetzes ausgenommen. Erdgas ist ein global gehandeltes Gut, dessen Preise am Weltmarkt festgelegt werden. Es wird von Marktakteuren importiert und gehandelt. Eine Reduktion des Gaspreises müsste daher notwendigerweise in die vorhandenen Marktregeln eingreifen. Derzeit werden auf Grundlage des Berichts der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) auf europäischer Ebene unterschiedliche Varianten geprüft.

Eine Alternative zu einer Deckelung des Erdgaspreises ist die gezielte Unterstützung für jene Unternehmen und Haushalte, die von der Kostenerhöhung am stärksten betroffen sind. Von der Bundesregierung wurden bisher folgende Maßnahmen zur Abfederung u. a. der Kosten für Erdgas getroffen:

- Der Teuerungsausgleich wurde für besonders betroffene Gruppen von € 150 auf € 300 verdoppelt. Damit wird ganz gezielt jenen geholfen, die die Teuerung am meisten spüren. Davon profitieren Arbeitslose, Mindestsicherungs-, Ausgleichszulage- und Studienbeihilfe-Bezieher:innen sowie Mobilitätsstipendiat:innen.
- Energiekostenausgleich in Höhe von € 150: Der Energiekostenausgleich wird in Form eines Gutscheines an alle Haushalte verschickt.
- Nachdem insbesondere die Gas- und Strompreise eine massive zusätzliche Belastung im täglichen Leben und bei Unternehmen darstellen, werden die spezifischen Energieabgaben (Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe) um rund 90% bis 30. Juni 2023 gesenkt. Das bringt eine Entlastung von rund € 900 Millionen.
- Liquiditätshilfe für Unternehmen durch Herabsetzung der Vorauszahlungen der ESt/KSt Zahlungen (befristet bis 30. Juni 2023).

Zu Frage 16:

- *Welche kurzfristigen Schritte wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie setzen, um auf einen etwaigen Versorgungsausfall im Zuge des Kriegs in der Ukraine reagieren zu können?*
 - a. *Sind seit dem Beginn des Ukraine-Krieges zusätzliche Pipeline Kapazitäten gebucht worden?*
 - b. *Falls ja, wie viele? Von wo? Ab wann?*
 - c. *Falls nein, warum nicht?*

Die Bundesregierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um auf einen Versorgungsausfall von russischem Gas reagieren zu können. Ein wesentlicher Sicherungspolster sind neben Diversifizierung, Substituierung und Sparmaßnahmen die Befüllung der österreichischen Speicher. Mit einer Novelle des Gaswirtschaftsgesetzes wurde die Rechtsgrundlage für die Vorhaltung einer strategischen Gasreserve geschaffen. Mit der Novelle des Energielenkungsgesetzes wird erreicht, dass Großverbraucher selbständig Gas einspeichern.

Mein Ressort ist auf dem Gasmarkt nicht operativ – also als Importeur, Versorger oder Händler – tätig und bucht daher auch keine Leitungskapazitäten. Der Erdgasmarkt ist in Europa liberalisiert, weshalb private Akteure Durchleitungskapazitäten buchen. Die rechtliche Grundlage in Österreich bildet das Gaswirtschaftsgesetz. Es besteht in den durch das Bundesministeriengesetz zugewiesenen Aufgaben daher keine Zuständigkeit in meinem Ministerium für die Buchung von Gasleitungskapazitäten.

Durch die Änderung des Gaswirtschaftsgesetzes für die Anschaffung einer nationalen strategischen Gasreserve soll auch im Falle einer vollständigen Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland die Versorgungssicherheit der österreichischen Endkund:innen aufrechterhalten werden. Eine erste Anschaffungsrunde für die strategische Gasreserve ist mit einer kontrahierten Menge von 7,7 TWh abgeschlossen worden. Darüber hinaus hat die Bundesregierung beschlossen, die strategische Gasreserve auf insgesamt 20 TWh aufzustocken, wenn möglich mit Gas aus nicht-russischen Quellen.

Mein Ministerium beobachtet in enger Zusammenarbeit mit der E-Control und den relevanten Stakeholdern jedenfalls die Gasversorgungslage sehr genau, um jederzeit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten reagieren zu können. Sollte der Krisenfall eintreten, werde ich im Rahmen einer Energie-Lenkungsmaßnahmen-Verordnung nach Anhörung des Energielenkungsbeirates und in Zusammenarbeit mit der Regulierungsbehörde Energielenkungsmaßnahmen nach dem Energielenkungsgesetz 2012 vorschlagen. Kurzfristig können unterschiedlich invasive Maßnahmen gesetzt werden, wobei so lange wie möglich marktbasierte Maßnahmen gesetzt werden sollen.

Durch die weiter oben beschriebenen Maßnahmen zur Befüllung der österreichischen Erdgasspeicher wurden weitere Instrumente zur Resilienzsteigerung geschaffen, um Energielenkungsmaßnahmen vermeiden zu können.

Zu Frage 17:

- *Welche mittel- und langfristigen strategischen Anpassungen wird das BMK bzw. die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bei der OMV aufgrund der klimapolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik sowie der Europäischen Union einfordern?*

Ich stehe im laufenden Austausch mit den Vorständen der OMV, um die strategische Ausrichtung des Unternehmens zu diskutieren, auch wenn die Anteile an der OMV AG von der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) verwaltet werden und dieses Beteiligungsmanagement wiederum nicht in meinen Wirkungsbereich fällt. Mein Ministerium unterstützt die Pläne des OMV Managements, die Förderung fossiler Energieträger langfristig einzustellen und durch den massiven Ausbau von erneuerbarer Energiegewinnung einen strategischen Wechsel herbeizuführen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Österreich die beschlossene Reduktion der Treibhausgasemissionen erfüllt.

Leonore Gewessler, BA

